

An die Dienststellen  
gemäß Verteiler TU 3  
Abteilung 36 (20 Ex)

Aushang

Nr. 333  
27.08.2004

Herausgegeben vom  
Präsidenten der  
Technischen Universität  
Carolo-Wilhelmina  
zu Braunschweig

Redaktion:  
TU-Abteilung 36  
Pockelsstraße 14  
38106 Braunschweig  
Tel. 0531/391-4328  
Fax 0531/391-4300

### **Richtlinien über das Verfahren und die Vergabe von Leistungsbezügen**

Das Präsidium der Technischen Universität Braunschweig hat in seiner Sitzung am 19.08.2004 nach Anhörung des Senats die beigefügten Richtlinien über das Verfahren und die Vergabe von Leistungsbezügen beschlossen, die hiermit hochschulöffentlich bekannt gemacht werden.

Die Richtlinien treten am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung, am 28.08.2004, in Kraft.





# **Richtlinien der Technischen Universität Braunschweig über das Verfahren und die Vergabe von Leistungsbezügen**

## **§ 1 Regelungsgegenstand**

Diese Richtlinien regeln die Grundsätze des Verfahrens und die Vergabe von Leistungsbezügen gemäß § 7 der Niedersächsischen Verordnung über Leistungsbezüge sowie Forschungs- und Lehrzulagen für Hochschulbedienstete (Hochschul-Leistungsbezügeverordnung – NHLeistBVO -) vom 16. Dezember 2002 (Nds. GVBL Seite 790).

## **§ 2 Anwendungsbereich, Zuständigkeit**

(1) Diese Richtlinien gelten für Professorinnen und Professoren, die nach Bes.Gr. W2 und W3 BBesG besoldet werden. Sie gelten auch für Professorinnen und Professoren im Angestelltenverhältnis, die entsprechend Bes.Gr. W2 und W3 BBesG vergütet werden. Insoweit bleiben die Regelungen über die Ruhegehaltfähigkeit außer Betracht.

(2) Über die Gewährung von Leistungsbezügen an Professorinnen und Professoren entscheidet das Präsidium nach pflichtgemäßem Ermessen. Über die Gewährung von Leistungsbezügen an Präsidentinnen und Präsidenten sowie hauptamtliche Vizepräsidentinnen und hauptamtliche Vizepräsidenten entscheidet das Ministerium für Wissenschaft und Kultur.<sup>1</sup>

## **§ 3 Vergabe der Leistungsbezüge**

Sofern Leistungsbezüge gewährt werden, werden diese in Stufen von jeweils 150 € monatlich, ausnahmsweise auch in Zwischenstufen von 75 € monatlich vergeben. Hiervon kann abgewichen werden. Dies gilt insbesondere bei Berufungen und Bleibeverfahren, um die Wettbewerbsfähigkeit der TU Braunschweig gegenüber anderen Hochschulen oder Einrichtungen zu gewährleisten. Die Leistungsbezüge nehmen mit dem Vorhundertssatz an den allgemeinen Besoldungsanpassungen teil, um den die Grundgehälter der Besoldungsgruppe W BBesG angepasst werden.

## **§ 4 Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge**

(1) Berufungs-Leistungsbezüge können von einer für eine Berufung auf eine Professur ausgewählten Person mit dem Präsidium ausgehandelt werden. Bleibe-Leistungsbezüge können auf Antrag einer Professorin oder eines Professors vom Präsidium gewährt werden, wenn ein schriftlicher Ruf an eine andere Hochschule vorliegt oder das Angebot eines anderen Beschäftigungsverhältnisses nachgewiesen wird. Der Fachbereich hat das besondere Interesse am Verbleiben der Professorin oder des Professors an der Hochschule zu begründen.

---

<sup>1</sup> § 2a Abs. 2 Satz 1 Niedersächsisches Besoldungsgesetz (NBesG)

(2) Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge werden als Einmalzahlung, bis zu drei Jahren befristet oder unbefristet gewährt. Die Professorin oder der Professor kann die Entfristung oder die Verlängerung befristet gewährter Berufungs- oder Bleibe-Leistungsbezüge beantragen; Voraussetzung hierfür ist in der Regel, dass die Professorin oder der Professor entweder von einer anderen Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes an die TU Braunschweig wechselt oder ein schriftlicher Ruf an eine andere Hochschule vorliegt oder das Angebot eines anderen Beschäftigungsverhältnisses nachgewiesen wird. Die Dekanin oder der Dekan des betroffenen Fachbereiches gibt innerhalb von drei Monaten eine begründete Stellungnahme zu dem Antrag ab.

## **§ 5 Leistungsbezüge für besondere Leistungen**

(1) Für besondere Leistungen in den Bereichen Forschung, Lehre, Weiterbildung oder Nachwuchsförderung, die in der Regel über mehrere Jahre erbracht werden müssen, können Leistungsbezüge als Einmalzahlung, auf drei Jahre befristet oder unbefristet gewährt werden (besondere Leistungsbezüge).

(2) Die erstmalige Vergabe von besonderen Leistungsbezügen wird befristet. Die unbefristete Gewährung von besonderen Leistungsbezügen ist nur in unmittelbarem Anschluss an deren befristete Gewährung möglich.

(3) Über die Gewährung von besonderen Leistungsbezügen wird einmal jährlich aufgrund des Antrages der Professorin oder des Professors oder eines Vorschlages der Dekanin oder des Dekans entschieden. Dem Antrag oder dem Vorschlag ist ein Selbstbericht der Professorin oder des Professors beizufügen. Die Dekanin oder der Dekan des betroffenen Fachbereiches gibt eine begründete Stellungnahme zu dem Antrag oder Vorschlag ab. Liegen mehrere Anträge aus einem Fachbereich vor, so sind diese von der Dekanin oder dem Dekan zu reihen. An die Reihung ist das Präsidium nicht gebunden. Der Antrag oder der Vorschlag<sup>2</sup> und die begründete Stellungnahme der Dekanin oder des Dekans müssen dem Präsidium bis zum 31.07. eines Jahres für das Folgejahr vorliegen (Ausschlussfrist).

(4) Werden antragsgemäß besondere Leistungsbezüge befristet gewährt, kann ein weiterer hierauf gerichteter Antrag, auch auf Verlängerung oder Entfristung, frühestens für das vierte darauf folgende Jahr gestellt werden. Wird der Antrag auf Vergabe besonderer Leistungsbezüge abgelehnt, kann ein erneuter Antrag frühestens für das dritte der Ablehnung folgende Jahr gestellt werden.

(5) Besondere Leistungen in der Forschung können durch

- a) Auszeichnungen und Forschungsevaluationen,
- b) Publikationen,
- c) Erfindungen und Patente,
- d) die wissenschaftliche Redaktion von Fachzeitschriften,
- e) Aufbau und Leitung wissenschaftlicher Arbeitsgruppen,
- f) Gutachter- und Vortragstätigkeiten für Stellen außerhalb der Hochschule,
- g) besondere Aktivitäten zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und
- h) das Einwerben von Drittmitteln mit Ausnahme der für Forschungs- und Lehrzulagen nach § 6 NHLeistBVO eingeworbenen Mittel

---

<sup>2</sup> Ein Muster für die Antragstellung ist beigelegt.

oder andere gleichwertige Kriterien begründet werden.

Besondere Leistungen in der Lehre können durch

- a) Lehrevaluation und durch studentische Lehrveranstaltungskritik (§ 5 NHG) gewonnene Erkenntnisse, wobei gem. § 2a Abs. 2 Satz 1 NBesG die zuständige Studiendekanin oder der zuständige Studiendekan zu hören ist,
- b) Lehrtätigkeiten, die über die Lehrverpflichtung hinaus geleistet werden oder auf diese nicht anzurechnen sind, und
- c) überdurchschnittliche Belastung bei der Betreuung von Studienarbeiten, Diplom- oder sonstigen Abschlussarbeiten oder Prüfungstätigkeiten

oder andere gleichwertige Kriterien begründet werden.

Andere gleichwertige Kriterien in Forschung, Lehre, Wissenschaft und Nachwuchsförderung sind z. B. Aktivitäten im Rahmen der Internationalisierung, oder in der Studienreform, die Einführung neuer Methoden in der Lehre (z.B. E-Learning) und die Mitwirkung an Weiterbildungsangeboten der Hochschule.

(6) Das Präsidium legt die Leistungsstufen gemäß § 3 nach Maßgabe des Absatzes 5 unter Berücksichtigung der in Forschung und Lehre üblichen Bewertungsmaßstäbe fest. Das Präsidium kann die Stellungnahme auswärtiger sachkundiger Personen einholen.

(7) Die Chancengleichheit von Frauen ist durch Berücksichtigung des Gleichstellungsauftrages zu gewährleisten.<sup>3</sup>

## **§ 6 Funktions-Leistungsbezüge**

(1) Nebenamtliche Vizepräsidentinnen und nebenamtliche Vizepräsidenten erhalten Funktions-Leistungsbezüge in Höhe von monatlich 600 €. Dekaninnen und Dekane erhalten Funktions-Leistungsbezüge in Höhe von monatlich 300 €; entsprechende Regelungen gelten für die Vorsitzenden der Fakultäten.

(2) Die Studiendekaninnen und Studiendekane erhalten Funktions-Leistungsbezüge in Höhe von monatlich 150 €.

(3) Bei Wahrnehmung anderer Funktionen oder besonderer Aufgaben im Rahmen der Hochschulselbstverwaltung oder der Hochschulleitung entscheidet das Präsidium einzelfallbezogen über Gewährung und Höhe der Funktions-Leistungsbezüge.

(4) Mehrfachbelastungen von Frauen in der akademischen Selbstverwaltung, die durch Unterrepräsentanz von weniger als 15 % in bestimmten Bereichen entstehen, sind zu berücksichtigen.

(5) Die Gewährung der Leistungsbezüge entfällt mit dem Ende des Monats des Ausscheidens aus dem Amt oder der Abgabe der Funktion.

---

<sup>3</sup> Bei der Bewertung von Leistungen sind Erziehungs- und Pflegezeiten zu berücksichtigen; dies gilt auch für Männer.

## **§ 7 Einhaltung des Vergaberahmens**

Bei der Gewährung von Leistungsbezügen gem. §§ 3 bis 6 ist der Vergaberahmen nach § 34 BBesG zu beachten.

## **§ 8 Ruhegehaltfähigkeit**

(1) Leistungsbezüge aus Anlass von Berufungs- und Bleibeverhandlungen sowie für besondere Leistungen sind gem. § 33 Abs. 3 Satz 1 BBesG bis zur Höhe von zusammen 40 vom Hundert des jeweiligen Grundgehalts ruhegehaltfähig, soweit sie unbefristet gewährt und jeweils mindestens drei Jahre bezogen worden sind.

(2) Das Präsidium kann befristet gewährte Leistungsbezüge aus Anlass von Berufungs- und Bleibeverhandlungen und Leistungsbezüge für besondere Leistungen bei wiederholter Vergabe bis zur Höhe von 40 vom Hundert des jeweiligen Grundgehalts für ruhegehaltfähig erklären.<sup>4</sup>

Werden sie über 40 vom Hundert für ruhegehaltfähig erklärt,<sup>5</sup> so hat die Hochschule dem Land auch auf den 40 vom Hundert übersteigenden Betrag den Versorgungszuschlag wie für die Dienstbezüge der Beamtinnen und Beamten zu entrichten; eine Erhöhung der Zuführung des Landes an die Hochschule als Landesbetrieb zu diesem Zweck ist ausgeschlossen.<sup>6</sup>

(3) Für ruhegehaltfähig erklärte befristete Leistungsbezüge aus Anlass von Berufungs- und Bleibeverhandlungen oder für besondere Leistungen sind nur dann bei der Bemessung des Ruhegehalts zu berücksichtigen, wenn sie insgesamt mindestens für einen Zeitraum von zehn Jahren bezogen wurden.<sup>7</sup> Bei der Berechnung des Ruhegehalts sind für ruhegehaltfähig erklärte befristete Berufungs-, Bleibe- oder besondere Leistungsbezüge in der Höhe zu berücksichtigen, in der sie insgesamt mindestens für fünf Jahre zugestanden haben und die zuletzt zustehenden unbefristet gewährten Leistungsbezüge, die bei der Bemessung des Ruhegehalts zu berücksichtigen sind, übersteigen.<sup>8</sup>

## **§ 9 In-Kraft-Treten, Übergangsregelung**

(1) Diese Richtlinien treten am Tage nach der Veröffentlichung im Verkündungsblatt der TU Braunschweig in Kraft. Vor diesem Zeitpunkt getroffene Vereinbarungen über Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge, Leistungsbezüge für besondere Leistungen sowie Funktions-Leistungsbezüge bleiben unberührt. Für das Jahr 2005 wird die Ausschlussfrist nach § 5 Abs. 3 Satz 5 bis zum 30.09.2004 verlängert.

(2) Änderungen dieser Richtlinien beschließt das Präsidium nach Anhörung des Senats.

---

<sup>4</sup> § 8 Abs. 1 NHLeistBVO

<sup>5</sup> § 2a Abs. 3 Satz 1 NBesG

<sup>6</sup> § 2a Abs. 3 Satz 2 NBesG

<sup>7</sup> § 8 Abs. 2 Satz 1 NHLeistBVO

<sup>8</sup> § 8 Abs. 2 Satz 2 NHLeistBVO

## Muster

### Zum Antrag auf Gewährung besonderer Leistungsbezüge

Name Vorname	Ort, Datum
Universitätseinrichtung	Telefonnummer
Anzahl der bereits gewährten Leistungsstufen	Datum der letzten Stufenvergabe

### **Bewertungskriterien**

#### **Bereich Forschung**

#### **Bitte Nachweise beifügen**

externe Gutachten über die Forschungsleistung

nämlich:

Forschungspreise

nämlich:

Publikationen

nämlich:

Herausgabe von Zeitschriften

nämlich:

für das Fach oder die Hochschule bedeutsame Patente

nämlich:

Aufbau und Leitung wissenschaftlicher Arbeitsgruppen

nämlich:

Gutachter- oder Vortragstätigkeiten

nämlich:

Drittmittelwerbung

nämlich:

Sonstiges:

#### **Bereich Lehre**

#### **Bitte Nachweise beifügen**

Ergebnisse der externen und internen Lehrevaluation

nämlich:

studentische Veranstaltungskritik

nämlich:

erhaltene Preise für die Lehre
nämlich:
Leistungen über die Lehrverpflichtung hinaus
nämlich:
Betreuungsleistungen (u.a. Diplom-, Magister-, Master-, Dissertationsarbeiten)
nämlich:
Prüfungsbelastung
nämlich:
Sonstiges:

- ☐ Ich beantrage die Verlängerung/Entfristung<sup>1</sup> der bereits gewährten Leistungsbezüge(n).

☐ Für die o.g. Leistung(en) beantrage ich die Gewährung von Leistungsbezüge(n).

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

\_\_\_\_\_  
<sup>1</sup> Nichtzutreffendes streichen